

II-284 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

1.12.1966

115/A.B.

zu 132/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

des Bundesministers für Bauten und Technik Dr. - K o t z i n a
auf die Anfrage der Abgeordneten S a n d m e i e r und Genossen,
betreffend die innerhalb der Ortsbereich liegenden Teile von Bundes-
straßen.

.....

Auf die Anfrage, welche die Abg. Sandmeier und Genossen in der Sitzung
des Nationalrates am 30.11.1966 an mich gerichtet haben, beehre ich mich
folgendes mitzuteilen:

Zu Punkt 1 der Anfrage "Burgfriedensstrecken":

Burgfriedensstrecken sind Teile von Bundesstraßen im Bereich einiger
Städte in Oberösterreich (Ortsdurchfahrten), welche - abweichend von allen
übrigen Bundesstraßen - von den jeweiligen Stadtgemeinden auf deren Kosten
hergestellt und erhalten werden. Diese Einrichtung ist historisch begründet
und beruht darauf, daß mit der Verleihung des Marktrechtes im Mittelalter
der Gemeinde die Pflicht auferlegt wurde, für die Erhaltung des Friedens
auf den Straßen (daher der Name Burgfriedensstrecken) und für die Aufrecht-
erhaltung eines ordnungsgemäßen Bauzustandes dieser Straßen innerhalb der
Gemarkung zu sorgen.

Die Stadtgemeinden - es handelt sich hierbei um Linz, Wels, Steyr,
Gmunden und Ried im Innkreis - haben diese Straßenstrecken bisher aus eigenen
Mitteln ausgebaut und erhalten.

Als derzeitige rechtliche Grundlage für diese Verpflichtung wurde der
§ 5 Bundesstraßengesetz angesehen, wonach der Bau und die Erhaltung der
Bundesstraßen aus Bundesmitteln erfolgt, insoweit nicht auf Grund eines be-
sonderen Rechtsmittels Verpflichtungen zu Leistungen für diese Zwecke be-
stehen. In der jahrhundertelangen tatsächlichen Übung des Ausbaues und der
Erhaltung dieser Burgfriedensstrecken durch die Stadtgemeinden wurde ein
besonderer Rechtstitel im Sinne des § 5 Bundesstraßengesetz erblickt.

Die Bundesstraßenverwaltung hat jedoch stets für den Bau bzw. Ausbau
und die Erhaltung der Burgfriedensstrecken einen freiwilligen Kostenbeitrag
von 33 % geleistet.

Zu Punkt 2:

Ich persönlich vertrete die Auffassung, daß die bisher geübte Anwendung
des § 5 Bundesstraßengesetz hinsichtlich der Burgfriedensstrecken weiterhin

- 2 -

115/A.B.

zu 132/J

nicht aufrecht zu erhalten ist. Ich habe meine Fachbeamten beauftragt, diese Frage zu überprüfen. Sollte die Überprüfung ergeben, daß die langjährige Übung nicht als besonderer Rechtstitel im Sinne des § 5 Bundesstraßengesetz anzusehen ist, werde ich veranlassen, daß der Bau und die Erhaltung der bisherigen Burgfriedensstrecken im Zuge von Bundesstraßen aus Bundesmitteln erfolgt.

.....